AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 46 | DIENSTAG, DEN 16. JUNI | 2015

Inhalt:

	Seite
Sitzung der Bürgerschaft	1009
Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen	1009
Beschluss über die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungsverordnung für ein Gebiet im Stadtteil Neustadt	1009
Widmung der Wegefläche Dratelnstraße	1010
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Änderung des Bebauungsplans Ottensen 27)	1010
Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Nord 14	1010
Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37	1011
Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Hohenfelde 10	1011

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 24. Juni 2015, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 16. Juni 2015

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1009

Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen

Die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (früher Baubehörde und Umweltbehörde) – Referat Zentrale Dienste – ausgestellten Dienstausweise für

- Herrn Hermann, Horst, mit der Nummer 2133, ausgestellt am 11. Oktober 1977 (verstorben),
- Herrn Robrahn, Gerd, mit der Nummer 8603, ausgestellt am 7. August 1981 (nicht mehr auffindbar),
- Herrn Schmahl, Wolfgang, mit der Nummer 6949, ausgestellt am 5. Februar 1980,
- Frau Schmidt, Sofia, mit der Nummer 19063, ausgestellt am 4. Dezember 1987,
- Herrn Dr. Schmitz, Walter, mit der Nummer 19894, ausgestellt am 18. Mai 1988,
- Herrn Schott, Alfred, mit der Nummer 8119, ausgestellt am 22. August 1980,
- Frau Stemmler, Christel, mit der Nummer 28075, ausgestellt am 10. März 1994,
- Herrn Warm, Hartmut, mit der Nummer 1883, ausgestellt am 11. November 1987,

werden mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

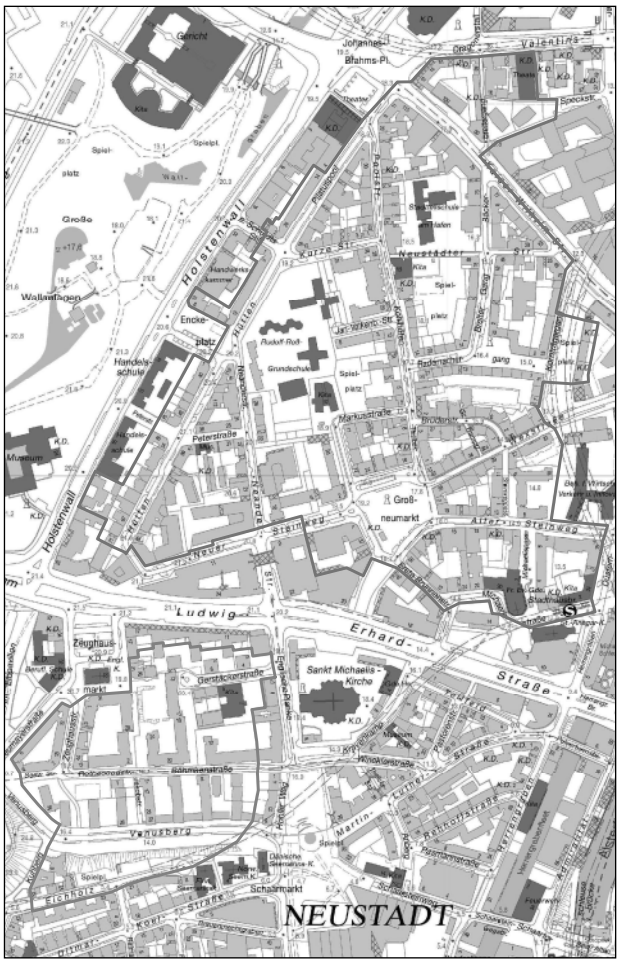
Hamburg, den 26. Mai 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1009

Beschluss über die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungsverordnung für ein Gebiet im Stadtteil Neustadt

Der Senat hat in seiner Sitzung am 9. Juni 2015 nach § 172 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), in Verbindung mit § 1 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 13. Februar 2015 (HmbGVBl. S. 39), beschlossen, für das im anliegenden Übersichtsplan dargestellte Gebiet im Stadtteil Neustadt eine Soziale Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs aufzustellen. Das aus zwei Teilbereichen bestehende Gebiet erhält die Bezeichnung „Nördliche Neustadt/Venusberg“.



Städtebauliches Ziel der Verordnung ist es, die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in diesem innenstadtnahen Wohngebiet durch die Einführung eines zusätzlichen Genehmigungsvorbehaltes bei Anträgen auf Rückbau, bauliche Änderungen und Nutzungsänderungen bestehender Wohngebäude, sowie bei Begründung von Wohnungs- und Teileigentum aus besonderen städtebaulichen Gründen zu sichern.

Hamburg, den 10. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1009

Widmung der Wegefläche Dratelnstraße

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Wilhelmsburg, belegene Straßenverbreiterungsfläche Dratelnstraße (Flurstücke 12967, 12929 und 12968) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, Raum 128, 129, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 4. Juni 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1010

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Änderung des Bebauungsplans Ottensen 27)

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das Gebiet östlich der Nöltingstraße, westlich der Bahrenfelder Straße sowie nördlich der Ottenser Hauptstraße den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss A 03/15).

Eine Karte, in der das Gebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann beim Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Nöltingstraße – Alma-Wartenberg-Platz – Bahrenfelder Straße – Ottenser Hauptstraße der Gemarkung Ottensen (Bezirk Altona, Ortsteil 213).

Mit der Änderung des Bebauungsplans Ottensen 27 sollen Vergnügungsstätten (insbesondere Spielhallen, Wettbüros, Internetcafés und ähnliche Unternehmen im Sinne von § 1 des Hamburgischen Spielhallengesetzes, die der Aufstellung von Spielgeräten mit oder ohne Gewinnmöglichkeiten dienen, Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist) sowie Bordelle und bordellartige Betriebe ausgeschlossen werden. Der Ausschluss dieser Nutzungen hat das Ziel, die Wohnfunktion des Gebietes zu stärken und zu schützen sowie einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken.

Da durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind, soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 des Baugesetzbuchs angewendet werden, womit auf eine Umweltprüfung verzichtet werden kann.

Hamburg, den 5. Juni 2015

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1010

Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Nord 14

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das nachstehend aufgeführte Gebiet an der Beethovenstraße (Aufstellungsbeschluss N 4/15) die bestehenden Bebauungspläne zu ändern und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Nord 14 aufzustellen.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Bramfelder Straße, Drosselstraße, Steilshooper Straße, Nordgrenze des Flurstücks 1986, Nordwestgrenze des Flurstücks 6456, Westgrenze des Flurstücks 6455, über das Flurstück 6455, Ostgrenze des Flurstücks 6455, Nordgrenze des Flurstücks 6456, Ostgrenze des Flurstücks 6456, Ostgrenze des Flurstücks 1986, Nordostgrenze des Flurstücks 5237, Nordgrenze des Flurstücks 5257 (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 426).

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf (§ 12 BauGB) soll der Bebauungsplan Barmbek-Nord 31 teilweise überplant werden. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für neuen Wohnungsbau in zentraler Lage von Barmbek geschaffen werden.

Die Flächen im Plangebiet sind bis auf das private Flurstück 5257 vom Landesbetrieb für Immobilienmanagement und Grundvermögen einem Vorhabenträger anhand gegeben worden. Damit verbunden war die Auflage, einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb durchzuführen. Der aus diesem Verfahren hervorgegangene städtebauliche Entwurf soll nun Grundlage für den aufzustellenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden.

Vorgesehen sind nach derzeitigem Entwurfsstand etwa 117 Wohneinheiten, davon etwa 44 als geförderte und 4 als frei finanzierte Mietwohnungen, 18 Wohneinheiten in einer Baugemeinschaft und 51 Eigentumswohnungen.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Hamburg, den 29. Mai 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1010

Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das nachstehend aufgeführte Gebiet an der Beethovenstraße (Aufstellungsbeschluss N 2/15) die bestehenden Bebauungspläne zu ändern und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37 aufzustellen.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Winterhuder Weg – Nordgrenze der Flurstücke 1069 und 301, über das Flurstück 1577 (Humboldtstraße), Nordgrenze des Flurstücks 301, über das Flurstück 1575 (Schumannstraße), Nordgrenze der Flurstücke 1471 und 902, über das Flurstück 749 (Bachstraße), Nordgrenze des Flurstücks 5009, Westgrenze des Flurstücks 3284, über das Flurstück 3284, Ostgrenze des Flurstücks 3284 – Beethovenstraße (Flurstück 5009) der Gemarkung Barmbek-Süd – Beethovenstraße (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteile 418, 419).

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37 sollen die Voraussetzungen für eine städtebauliche Entwicklung und Neuordnung auf nicht mehr benötigten Verkehrsflächen entlang der Beethovenstraße geschaffen werden. Im Rahmen eines vom Immobilienmanagement der Finanzbehörde 2012 durchgeführten Ideenträgerwettbewerbs wurde die nördliche Teilfläche des Straßenflurstücks der Beethovenstraße für eine Bebauung mit einer mehrgeschossigen Wohnbebauung vorgeschlagen.

Ziel der Planung ist die Ermöglichung einer Nachverdichtung für in Hamburg dringend benötigten Wohnraum. Es soll Baurecht für Wohngebäude mit ergänzenden Nutzungen (z. B. Kindertagesstätte) in der Erdgeschosszone geschaffen werden. Insgesamt sind etwa 150 Wohneinheiten geplant, von denen mindestens 50 % im öffentlich geförderten Wohnungsbau errichtet werden sollen.

Die Flurstücke 1069 und 1070 Ecke Winterhuder Weg/Beethovenstraße werden gemäß § 12 Absatz 4 BauGB arrondierend in den Geltungsbereich des Bebauungsplans einbezogen.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Hamburg, den 29. Mai 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1011

Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Hohenfelde 10

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), für das nachstehend aufgeführte Gebiet an der Beethovenstraße (Aufstellungsbeschluss N 3/15) die bestehenden Bebauungspläne zu ändern und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Hohenfelde 10 aufzustellen.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Wallstraße (Flurstück 939) – Lübecker Straße (Flurstück 1515) – Steinhauerdamm (Flurstück 955) der Gemarkung Hohenfelde (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 416).

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Hohenfelde 10 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Gebäudeensembles, bestehend aus einem modernen und zeitgemäßen Autohaus (Porsche) sowie einem Bürogebäude, geschaffen werden.

In dem Bürogebäude sollen zentral gelegen, repräsentative und verkehrlich optimal erschlossene Büroflächen zur Vermietung geschaffen werden. Die bereits in den vergangenen Jahren erfolgte funktionale und gestalterische Aufwertung des Stadtteils Hohenfelde soll durch das geplante Gebäudeensemble fortgesetzt werden. Durch die inselgleiche Lage zwischen den drei Hauptverkehrsstraßen wird eine gute Präsenz des Gebäudeensembles im Stadtraum gewährleistet und der angestrebte repräsentative Charakter der Neubebauung durch eine uneingeschränkte Sicht aus allen Himmelsrichtungen unterstützt.

Das erforderliche Planrecht soll durch die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geschaffen werden.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Hamburg, den 29. Mai 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1011

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

– Berichtigung –

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/42826-2631,
Telefax: 040/42731-1448,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,– Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.

d) Ausführung von Bauleistungen (Straßenbau)

e) Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg,
Bezirk Harburg

f) Vergabenummer: **ÖA-K5-220/15**

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Wegeflächen im Zuständigkeitsbereich der Wegeaufsichtsbehörde/unterhaltungspflichtigen Dienststellen der FHH, hier **Bezirk Harburg**, sowie nach Verlegearbeiten der Leitungsverwaltungen.

Zusammenfassung der Leistungen im Kleinvertrag Straßenbau-KLV-Bit 15-17. Ausgeschrieben werden Straßenbauarbeiten: Asphaltaufbruch, Herstellen von Fahrbahndecken aus Asphalt, Tragschichten allgemein und mit bitumenhaltigen Bindemitteln, Lieferung von Baustoffen in der Zeit vom 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017.

Aus den Bietern der öffentlichen Ausschreibung werden 10 Firmen ausgewählt, die Vertragspartner werden.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 1. Oktober 2015
Ende: 30. September 2017

j) Entfällt

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 15. Juli 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 15. Juli 2015 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Nicht zugelassen.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Ebenso hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen mit Abgabe des Angebotes beizubringen.

Folgende Nachweise und Angaben sind mit dem Angebot vorzulegen:

- Qualifikationsnachweis MVAS, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers,
- Referenzen und Geräteliste für Gußasphaltarbeiten, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers,
- Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2015.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/42826-2204

Hamburg, den 11. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 478

Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/42826-2631,
Telefax: 040/42731-1448,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,– Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.

d) Ausführung von Bauleistungen (Straßenbau)

e) Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirk Nord

f) Vergabenummer: **ÖA-K5-221/15**

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Wegeflächen im Zuständigkeitsbereich der Wegeaufsichtsbehörde/unterhaltungspflichtigen Dienststellen der FHH, hier **Bezirk Nord**, sowie nach Verlegearbeiten der Leitungsverwaltungen.

Zusammenfassung der Leistungen im Kleinvertrag Straßenbau-KLV-Bit 15-17. Ausgeschrieben werden Straßenbauarbeiten: Asphaltaufbruch, Herstellen von Fahrbahndecken aus Asphalt, Tragschichten allgemein und mit bitumenhaltigen Bindemitteln, Lieferung von Baustoffen in der Zeit vom 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017.

Aus den Bietern der öffentlichen Ausschreibung werden 10 Firmen ausgewählt, die mit einem Mittelpreis beauftragt werden.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 1. Oktober 2015
Ende: 30. September 2017

j) Entfällt

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

Vom 10. Juni 2015 bis 14. Juli 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 22. Juli 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 22. Juli 2015 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:

– Qualifikationsnachweis MVAS, Benennung und Qualifikationsnachweis SiGeKo.

– Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs. Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2015.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 9. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 479

Öffentliche Ausschreibung

a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 44 – Hochbaudienststelle –,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen – gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,– Euro auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.

Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Entwicklungsgebiet Barmbek Nord 11,
Steilshooper Straße, 22309 Hamburg

f) Vergabenummer: **ÖA-ABH4-212/15**

Für die Entwicklung und Erschließung des Bebauungsgebietes Barmbek Nord 11 wird für den 1. Bauabschnitt der Abbruch der Gebäude des Sportverein HSV Barmbek Uhlenhorst sowie der Rückbau von Außenanlagen und Leitungen erforderlich. Dabei sind ca. 750 m² eingeschossige Gebäude, ca. 250 m Leitungen, ca. 40 Baumstümpfe, ca. 260 lfdm Strauchwerk und ca. 1.100 m³ Tribünenwälle abzureißen bzw. zurückzubauen.

g) Entfällt

h) Keine Lose vorgesehen.

i) Beginn: September 2015
Ende: Dezember 2015

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Einsichtnahme vom 9. Juni 2015 bis 14. Juli 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung. Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 21. Juli 2015, 10.15 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 21. Juli 2015 um 10.15 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 21. Oktober 2015.

w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Amtsleiter – ABH – L,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 94 - 01 35

Hamburg, den 10. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 480

Öffentliche Ausschreibung

a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 94,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Jenfelder Allee 53, 22043 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 32/15 S**

Sanierung von Klassengebäuden in zwei Bauabschnitten

Die Planungs- und Baumaßnahmen beziehen sich auf die Klassengebäude im nördlichen Teil des Schulgrundstücks (Gebäude A-D). Diese Gebäude sind weitestgehend unsaniert, die Gebäudesubstanz entspricht in den überwiegenden Teilen dem ursprünglichen Errichtungszustand.

Vorgesehen ist eine innere und äußere, technische und energetische Sanierung. Die äußere Grunderneuerung umfasst die Gebäudehülle einschließlich Fenstern und Eingangstüren der Gebäude. Bei der Innensanierung werden vor allem die Innentüren, Bodenbeläge, Beleuchtung, Sanitäranlagen, Heizkörper mit Rohrnetz und soweit erforderlich Elektroverteilung bearbeitet.

Aus den im Vorfeld erstellten Gefahrstoffuntersuchungen geht hervor, dass sowohl in Innenräumen als auch an der Gebäudehülle mit schadstoffbelasteten Bauteilen zu rechnen ist, die fachgerecht entsorgt werden müssen. Ein zweiter, baulicher Fluchtweg ist über außenliegende Fluchttreppen einzubauen. Da die Sanierung bei laufendem Schulbetrieb durchzuführen ist, können jeweils nur zwei zusammenhängende Klassengebäude leergezogen und saniert werden. Es ist daher vorgesehen, die Gebäude in folgenden Bauabschnitten zu sanieren:

BA2-Klassengebäude A/B: Mitte 2015 – Frühjahr 2016

BA3-Klassengebäude C/D: Frühjahr 2016 – Anfang 2017

Die Zufahrt kann von der Jenfelder Allee über die Parkplatzflächen vor der Schule erfolgen. Derzeit erfolgen im straßenseitigen Bereich der Schule Bauarbeiten zur Erweiterung des Verwaltungsgebäudes um eine Mensa, die die gleiche Baustellenzufahrt nutzen.

Bei dem Klassengebäuden A-D handelt es sich um zweigeschossige Gebäude in Massivbauweise.

Auf jedem Geschoss befinden sich jeweils zwei Klassenräume, ein oder zwei miteinander verbundene Gruppen-/Arbeitsräume sowie zwei WC's. Die Klassengebäude haben Kriechkeller, Haus C ist zu einem großen

Teil voll unterkellert. Die Gebäude haben leicht geneigte Flachdächer, deren Neigung und Attikaausbildung durch eine Holzunterkonstruktion gebildet werden.

Gründung:

Die Klassengebäude sind auf einem Streifenfundament gegründet. Im Bereich der bestehenden (Kriech-)Keller ist eine Außenabdichtung und Perimeterdämmung vorgesehen. Der zweite bauliche Rettungsweg wird über neu zu errichtende Fluchttreppen in verzinkter Stahlkonstruktion entlang der Giebelseiten gewährleistet. Die Stützen dieser Fluchttreppen werden auf StB-Punkt- und Streifenfundamenten gegründet.

Außenwände:

Die Außenwände der Klassengebäude bestehen überwiegend aus ungedämmtem Vormauerwerk, in Teilbereichen Waschbetonelementen, sowie isolierverglasten Fensterelementen. Austausch der Außentür-, Fenster- und Pfosten-Riegel-Elemente sowie die Verkleidung der ungedämmten Mauerwerkflächen mit einem gedämmten und hinterlüfteten Holzverkleidung, in Teilbereichen Plattenbelag. Die Haupteingangstüren werden entsprechend der Technischen Richtlinien für Schulen als Stahl-Glas-Elemente ausgeführt. Die selten benutzten Fluchttüren in den rückwärtigen Giebelfassaden werden als Aluminium-Glas-Elemente ausgeführt. Die Verglasungselemente werden mit thermisch entkoppelten Aluminiumprofilen mit Doppelscheibenisolierverglasungen, an der Südwest-Fassade mit Sonnenschutzverglasungen ersetzt. Im Brüstungsbereich der Südwest-Fassade werden wärmegedämmte Metallpaneele eingesetzt. Die Fensterbänke der Oberlichter werden mit Platten aus Holzwerkstoff ersetzt.

Dächer:

Die Dächer bleiben im Wesentlichen erhalten. Die Dächer erhalten neue Regenrinnen und Regenrohre sowie Anpassungen an die neuen Fassadenverkleidungen am Dachrand.

Innenwände:

Die Innenwände bestehen in der Regel aus Mauerwerk, teilweise aus Leichtbauwänden. Die Gruppenräume sind von den Klassenräumen durch verglaste Holzständerwände abgetrennt. In einigen Klassengebäuden wurden diese Holzständerkonstruktionen bereits erneuert, in den anderen Gebäuden werden die bestehenden Holzteile aufgearbeitet. Die Oberflächen der Treppenhäuser und teilweise der Klassenräume bestehen aus rotem Klinker. Die Klinkerflächen in den Treppenhäusern und Gruppen- bzw. Arbeitsräumen werden, wo notwendig, repariert und dann gestrichen. Die Klinkerflächen in den Klassenräumen werden überputzt. Die Längswände der Flure sind mit Reliefflieseen belegt, die mit Gipskartonplatten verkleidet werden. Die Holzverkleidungen der Frontwände der Klassenräume werden aufgearbeitet. Die türhohen Fliesen in den WC-Räumen werden übergefliest. Die Innentüren samt Stahlumfassungszargen werden ersetzt. Putz- und Gipskartonflächen erhalten einen Neu- bzw. Auffrischungsanstrich aus Dispersionsfarbe.

- **Los 1: Gewerk Abbrucharbeiten**
- **Los 2: Gewerk Metallbauarbeiten**
- **Los 3: Gewerk Schlosserarbeiten**
- **Los 4: Gewerk Fassadenverkleidung**

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) **Los 1: Gewerk Abbrucharbeiten**

Leistungsumfang:

Baustelleneinrichtung 4- und 2-Kammer-Schleusen

Abzubrechen sind u. a.:

- Schadstoffausbau und -entsorgung asbesthaltige Kleber, Spachtel und Putz: 1.600 m²
- Asbestzementfensterbänke: 180 m, PAK-Abdichtung: 120 m²
- KMF-Dämmung: 280 m²
- PCB-Fugenmaterial: 540 m
- Abbrucharbeiten Fensterelemente: 750 m²
- Waschbetonplatten: 180 m²
- Mauerwerk: 120 m²
- Innentüren: 40 Stk.
- Sanitärtrennwände: 32 Stk.
- Erd-, Abdichtungs- und Sockeldämmarbeiten 90 m³/400 m²/800 m²
- Betonarbeiten (Einzel- & Streifenfundamente: 11 m³)
- Maurer- (Abfangträger: 24 m, KS-Mauerwerk: 2 m², Sichtmauerwerk aufarbeiten: 64 m²) und Putzarbeiten (Kalkzementputz: 360 m², R90-Drahtputz: 10 m²)

Los 2: Gewerk Metallbauarbeiten

Leistungsumfang:

- P/R-Konstruktionen aus Aluminium: 700 m² und Stahl: 58 m²
- Fensterelemente aus Aluminium: 130 m²
- Außentüren aus Aluminium: 10 Stk. und Stahl: 4 Stk.

Los 3: Gewerk Schlosserarbeiten

Leistungsumfang:

- einläufige Außentreppen aus verzinktem Stahl: 4 Stk.
- Edelstahl-Glas-Vordächer: 4 Stk.
- Handläufe aus Stahlrohr: 40 m

Los 4: Gewerk Fassadenverkleidung

Leistungsumfang:

- gedämmte, hinterlüftete Fassadenverkleidungen auf UK
- überwiegend horizontale Holzverkleidung: 1.700 m²
- in Teilbereichen Plattenverkleidungen: 320 m²
- Sockelverblechung 240 m²: 4 Stk.

Angebote sind für die Lose einzeln abzugeben. Es ist möglich, für ein, mehrere oder alle Lose Angebote abzugeben. Bzgl. der Abforderung der Unterlagen beachten Sie bitte Ziffer l).

i) Baubeginn: Juli 2015

Bauende: September 2016

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 9. Juni 2015 bis 2. Juli 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,– Euro pro Los

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 00000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: SBH VOB Ö 32/15 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,– Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bitte Anforderungsschreiben zusammen mit dem Zahlungsbeleg an die Anschrift unter Buchstabe a) per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 3. Juli 2015, für Los 1 bis 10.00 Uhr, für Los 2 bis 10.30 Uhr, für Los 3 bis 11.00 Uhr und für Los 4 bis 11.30 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 3. Juli 2015, für Los 1 um 10.00 Uhr, für Los 2 um 10.30 Uhr, für Los 3 um 11.00 Uhr und für Los 4 um 11.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

– Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014),
– mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,

und

– gültige Freistellungsbescheinigung.

Sofern Nachunternehmen einbezogen werden, sind die vorgehenden Angaben/Unterlagen mit dem Angebot auch für die Nachunternehmer einzureichen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 1. August 2015.

w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 8. Juni 2015

Die Finanzbehörde 481

Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky Hamburg schreibt die **Beschaffung von RFID-Etiketten**, jährlicher Bedarf etwa 312 000 Stück, unter der Projektnummer **V12.2/2015/06/009** aus.

Projektbeschreibung:

Der Jahresbedarf der Bibliothek beläuft sich auf etwa 312 000 unterschiedlichen Etiketten. Es sind dabei folgende Gruppen zu unterscheiden:

– RFID-Verbuchungsetiketten mit Barcodeaufdruck (etwa 40 000 pro Jahr)
– RFID-Verbuchungsetiketten ohne Barcodeaufdruck (etwa 260 000 pro Jahr)
– RFID-Ringetiketten für CD's und DVD's ohne Barcodeaufdruck (etwa 6000 pro Jahr)
– RFID-Ringetiketten Dummies CD's und DVD's (etwa 6000 pro Jahr)

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Anforderungsfrist für die Vergabeunterlagen: bis 10. Juli 2015

Angebote einreichen: bis zum 7. August 2015

Angebotsöffnung: am 10. August 2015 um 10.00 Uhr

Ende der Zuschlags-/Bindefrist: 14. August 2015

Ausführungsfrist: 14. August 2015 bis 14. August 2018

Die Ausschreibungsunterlagen können montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, bei Herrn Thomas Deutzer in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg, eingesehen und abgeholt werden sowie per E-Mail unter thomas.deutzer@sub.hamburg.de oder gegen Voreinsendung von 5,– Euro per Post, angefordert werden.

Bankverbindung: Deutsche Bundesbank,
IBAN DE53 200000000020101510,
BIC-Code: MARKDEF1200,
Verwendungszweck: Angabe der Projektnummer

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nr. 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 27 VOL/A bzw. § 27 a VOL/A.

Hamburg, den 10. Juni 2015

Staats- und Universitätsbibliothek
Carl von Ossietzky Hamburg 482

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Roy

Telefon: +49/40/8998-2480
Telefax: +49/40/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
http://www.desy.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Forschung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

DESY EO 006-15 Elektrotechnische Ausstattung für das CSSB Gebäude.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Bauauftrag

Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
in der Helmholz-Gemeinschaft,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Neubau eines Zentrums für nationale und internationale Kooperationspartner mit Büroräumen, Laborflächen und Neben- und Technikräumen für unterschiedliche Institute.

Elektro: Errichtung der Starkstromanlagen, inkl. Transformatoren, Niederspannungshauptverteilungen, Stromschienen, Verteilungen, Kabelbahnen, Unterflursysteme, Kabel und Leitungen, Installationsgeräte, EIB-Steuerungen, Beleuchtungsanlagen und inneren Blitzschutz.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 45311200

Ergänzende Gegenstände: 31730000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

- 1.600 kVA Transformator mit Schaltanalgenausstattung
- Niederspannungshauptverteilung Betreiber mit 8 Feldern
- Niederspannungshauptverteilung Nutzer mit 10 Feldern
- Niederspannungshauptverteilung 2. Einspeisung mit 5 Feldern
- Ca. 50 Etagenverteilungen (Allgemeinversorgung, Sicherheitsversorgung, Laborverteilung)
- Ca. 400 m Stromschienensystem
- Ca. 3.000 m Kabelbahn, teilweise mit Deckel
- Ca. 450 m Kabelbahn mit brandschutztechnischer Anforderung
- Ca. 650 m Leitungsführungskanal
- Ca. 15.400 m Elektroinstallationsrohr
- Ca. 97.100 m Kabel und Leitungen
- Ca. 1.000 Stück. Steckdosen
- Ca. 150 Stück. Einbaudownlights
- Ca. 1.750 Stück Lichtbandleuchten
- Ca. 95 Stück runde Lichtdecken
- Ca. 800 Stück Rettungszeichen-/ Sicherheitsleuchten

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit 15 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit dem Angebot einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erkärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen. Für die Bietergemeinschaft ist das den Vergabeunterlagen beigefügte Formblatt 234 zu verwenden.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Es wird auf die Vorgaben zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen hingewiesen (siehe dazu Vergabeunterlagen, „Vereinbarung Tariftreue“ gemäß Formblatt 231 und „Vereinbarung Tariftreue zwischen AN und NU“ gemäß Formblatt 232).

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Präqualifizierte Bieter haben ihre Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) zu belegen. Beim Einsatz von präqualifizierten Nachunternehmern ist auch für diese Nachunternehmer die Eintragung ins Präqualifikationsverzeichnis zu belegen.

b) Nicht präqualifizierte Bieter haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung, Formblatt 124“ vorzulegen. Bei Einsatz von nicht präqualifizierten Nachunternehmern sind die Eigeneerklärungen gemäß Formblatt 124 auch für diese Nachunternehmer abzugeben. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind nach gesonderter Aufforderung die im Formblatt 124 getätigten Eigenerklärungen durch Vorlage der im Formblatt 124 genannten Bescheinigungen zu bestätigen. Für die Referenzbescheinigungen ist dann das Formblatt 444 (siehe dazu Vergabeunterlagen) zu verwenden.

c) Im Fall von Bietergemeinschaften gelten die unter a) und b) aufgeführten Eignungsanforderungen entsprechend für jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe dazu unter Ziffer III.2.1).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe dazu unter Ziffer III.2.1).

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 006-15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Juli 2015.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 21. Juli 2015, 13.30 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 7. September 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

21. Juli 2015, 13.30 Uhr

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Geb. 11a, R012

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: gem. § 14 EG Abs. 1 VOB/A

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Die den Vergabeunterlagen beigefügten Formblätter sind zwingend zu verwenden.
2. Angebote sind ausschließlich über den Postweg oder direkt an die unter Ziff. I.1) benannte Stelle zu übermitteln.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt,
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

2. Juni 2015

Hamburg, den 2. Juni 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 483

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A
DESY-Ausschreibungsnummer: C2041-15

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) **Elektronische Auftragsvergabe:** Entfällt

d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag

e) **Ort der Ausführung:**

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Schlüsselfertige Ausführung von 4 Kontrollhütten im Sektor 1 und 3 PETRA III Extension Ost.

– Fertigung und Aufbau von 4 Kotrollhütten.
– Erstellung der Planung, Bemessung und Statik.

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt

h) **Losweise Vergabe:** Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Beginn der Ausführung: spätestens 40 Werktage nach Zugang des Auftragsschreibens. Die Leistung ist abnahmereif fertig zu stellen innerhalb von 65 Werktagen nach Ausführungsbeginn.

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2041-15:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 26. Juni 2015 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 29. Juni 2015 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Donnerstag, den 2. Juli 2015 um 13.30 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

DESY C2041-15
Angebotstermin: 2. Juli 2015,
Uhrzeit: 13.30 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Am Donnerstag, dem 2. Juli 2015 um 13.30 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v. H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,– Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 31. Juli 2015

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 9. Juni 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 484

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 235129-0 – Telefax: 235129-77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).